

Auch der neue Linienverlauf stört die Ruhe im Riet zu sehr

Der geplante Verlauf der Umfahrungsstrasse A15-Gaster hat einen negativen Einfluss auf das Kaltbrunner Riet. Auch die Anpassung der Linienführung konnte daran nichts ändern.

Uznach Im letzten Herbst wurde verkündet, dass der Verlauf der Umfahrungsstrasse A15-Gaster im Bereich des Kaltbrunner Riets angepasst wird, um das Naturschutzgebiet weniger zu beeinträchtigen. Damit beantwortete das kantonale Tiefbauamt ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK). Diese hat den optimierten Linienverlauf noch einmal überprüft und ist zum Schluss gekommen, dass sich die A15-Gaster damit noch immer negativ auf das Riet auswirkt. Der Kanton muss jetzt noch einmal über die Bücher und eine neue Variante für den entsprechenden Abschnitt finden. Klar ist aber: Das Tiefbauamt hält an der geplanten A15-Gaster fest.

mar
Seite 3

S&G 7.4.22



Die Linienoptimierung vom vergangenen Herbst wurde erneut abgelehnt.

KOMMENTAR

Ab wann ist dieses Projekt zu teuer?



Von Manuel Reisinger

Die geplante Umfahrungsstrasse A15-Gaster soll Uznach und die umliegenden Dörfer vom Verkehr entlasten. Vergleichbare Umfahrungen zeigen, wie sehr die Lebensqualität in einem Dorf gesteigert werden kann. Doch die A15-Gaster kostet extrem viel. Zuletzt wurde verlautet, dass die sechs Kilometer lange Strasse rund 300 bis 350 Millionen Franken kosten wird. Das sind etwa 50'000 bis 60'000 Franken pro Meter. Jetzt muss ein Teil der Strecke überarbeitet werden (Seite 3). Die Kosten dürften damit noch einmal in die Höhe schiessen. Der Kanton hält allerdings an der A15-Gaster fest. Für die Verkehrsbelastung werden keine Kosten gescheut. Es ist schön, dass der Kanton sich für die Region einsetzt. Fragt sich nur, ob die Bevölkerung die Strasse ebenfalls um jeden Preis will.

Tiefbauamt braucht neue Varianten

Keine Chance: Trotz Anpassungen beurteilt die ENHK die A15-Gaster als zu störend für das Kaltbrunner Riet

SRG, 7.4.22

Von Manuel Reisinger

Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) bemängelte letztes Jahr, dass die geplante Umfahrungsstrasse A15-Gaster das Kaltbrunner Riet zu sehr beeinträchtigt. Doch auch nach Anpassungen der Pläne gibt die ENHK kein grünes Licht für den Bau der Strasse.

Uznach Und wieder müssen die Pläne der Umfahrungsstrasse A15-Gaster angepasst werden: Nachdem das Tiefbauamt des Kantons St.Gallen im vergangenen Herbst eine leicht angepasste und für das Kaltbrunner Riet verträglichere Route präsentiert hat, winkt die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) erneut ab. «Die ENHK hält in ihrem Gutachten fest, dass das Strassenbauprojekt vor allem die Lebensräume der Wasser- und Zugvögel sowie weitere auf Feuchtgebiete angewiesene Brutvogelarten beeinträchtigen würde», schreibt das Bau- und Umweltschutzdepartement des Kantons St.Gallen in der Medienmitteilung. Deshalb suche man jetzt nach Varianten für den Abschnitt Grynaustrasse bis Rotfarb. «In einem ersten Schritt werden im Bereich Grynaustrasse-Rotfarb Linienführungen gesucht, die aus umweltrechtlicher Sicht möglich sind», erklärte Manfred Huber, Leiter der Abteilung Strassen- und Kunstbauten des St.Galler Tiefbauamts. Der Variantenfächer wird nochmals geöffnet und es werden völlig neue Li-



Die A15-Gaster hätte im Bereich des Kaltbrunner Riets verschoben werden sollen. Die ENHK hat dies aber abgelehnt.

z/vg

nienführungen gesucht und auf die Machbarkeit geprüft.

Hochwasserrisiko bei Tunnelbau Beispielsweise wird das Tiefbauamt abklären, ob ausserhalb des umweltschweren Bereichs ein Tunnel infrage käme. «Wir werden eine Tunnelvariante prüfen. Allerdings ist der Tunnelbau dort aus hydrogeologischen Gründen schwierig», sagt Huber. Erschwerend käme die Nähe zum Steinenbach hinzu. Zudem würde ein Tunnel hohe Mehrkosten verursachen. Weiter wäre es denkbar, den Strassenverlauf so zu ändern, dass die Umfahrung am Rand der Siedlung verläuft. Wie viel teurer das Projekt damit wird und wie lange es dauern wird, bis das Tiefbauamt Alternativen gefunden und geprüft hat, kann zurzeit noch

nicht gesagt werden. Eines ist jedoch klar: Das Tiefbauamt wird an der A15-Gaster festhalten. «Auch die Region Zürichsee-Linth und die involvierten Gemeinden sprachen sich dafür aus, dass eine Lösung des Verkehrsproblems gefunden wird. Wir sind nach wie vor bereit, zusammen mit der Region und den betroffenen Gemeinden an einer zweckmässigen Lösung zu arbeiten», sagt Huber. Die Zweckmässigkeitsbeurteilung im Jahre 2011 und das breit abgestützte Mitwirkungsverfahren haben gezeigt, dass es zur Lösung des Verkehrsproblems eine Umfahrungsstrasse brauche.

Region hält an A15-Gaster fest

Auch die Region Zürichsee-Linth (RZL) stellt sich trotz des Entscheids der ENHK hinter die A15-

Gaster. «Die Region Zürichsee-Linth ist nach wie vor überzeugt, dass das Projekt Regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster für eine nachhaltige regionale Verkehrs- und Siedlungsentwicklung von hoher strategischer Bedeutung ist», sagt Félix Brunswiler, Präsident der RZL. Begrüsst wird, dass das Tiefbauamt den besagten Abschnitt noch einmal überarbeiten wird. Der Uzner Gemeindepräsident Diego Forrer betont, dass Uznach ohne die A15-Gaster bald im Verkehr versinken wird: «Dass es die regionale Verbindungsstrasse mehr denn je braucht, belegt auch ein Blick auf die kantonale Verkehrsstatistik.» An Werktagen würden durchschnittlich 16'819 Fahrzeuge die Zählstelle bei der Kirche in Uznach passieren. Damit habe das Städtchen ein ähnlich hohes

Verkehrsaufkommen wie der Gotthard-Strassentunnel mit rund 17'500 Fahrzeugen. Ebenso überzeugt von der Wirkung der A15-Gaster ist die IG Verbindungsstrasse JA. «Nur eine gesamtheitlich und langfristige Verkehrslösung erlaubt uns, die Siedlungsqualität zu verbessern, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das Gewerbe zu entwickeln», erklärt Mario Grob, Vorsitzender der IG Verbindungsstrasse JA. Dass die ENHK die A15-Gaster abschmettert, die noch näher am Naturschutzgebiet liegende Benknerstrasse jedoch akzeptiert, sorgt bei sämtlichen Befürwortern der A15-Gaster für Unverständnis.

Gegner begrüßen das Gutachten

In ein anderes Horn bläst die IG Mobilität Region Uznach (IGMRU). Deren Mitglieder fordern, dass das Projekt gestoppt wird und stattdessen alternative Massnahmen zur Verkehrsentslastung evaluiert werden. «Aus Sicht der IGMRU muss dies nun das 'Aus' für dieses Umfahrungsprojekt bedeuten», schreibt die Interessengemeinschaft zum Entscheid der ENHK. Das Projekt werde mit der erneuten Anpassung nicht besser. Auch abseits des Kaltbrunner Riets würden die Nachteile der Umfahrung überwiegen. So stelle die Strasse etwa einen massiven Eingriff in die Landwirtschaft dar und 60'000 Quadratmeter Kulturland würden verbaut werden. Zudem fühlt sich die IGMRU durch das Gutachten der ENHK bestätigt, da sie die Auswirkungen der Strasse auf das Riet seit zehn Jahren kritisiert.

Schmerkner wollen nicht mehr auf Verbindungsstrasse warten

Die Gemeinde Schmerikon nimmt die Erschliessung des Industriegebiets selber in die Hand, statt auf die blockierte Verbindungsstrasse A15-Gaster zu warten. Die Bürgerschaft gibt dem Gemeinderat grünes Licht dafür.

von Pascal Büsser LZ 11.4.22

Die Gemeinde Schmerikon drückt aufs Gaspedal. Sie geht bei der Erschliessung ihres Industriegebiets ab der Autobahnausfahrt A15 nun eigene Wege. Genau 80 Prozent der Stimmenden haben am Sonntag Ja gesagt zu einer Volksmo-

tion aus dem Gewerbe, welche die eigenständige Planung der alternativen Erschliessung durch die Gemeinde verlangt – statt auf die vom Kanton geplante regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster zu warten.

Gemeinderat empfahl Annahme

Der Gemeinderat selber hatte die Motion zur Annahme empfohlen. «Wir

Als Absage ans regionale Projekt will Brunschwiler das Vorgehen nicht verstanden wissen.

sind sehr erfreut, dass sich jetzt eine neue Perspektive auftut», sagt Gemeindepräsident Félix Brunschwiler. Hintergrund der Schmerkner Ungeduld sind die Folgen des laufenden Doppelspurbaus der SBB. Als Absage an das blockierte regionale Projekt Verbindungsstrasse will Brunschwiler das Schmerkner Vorgehen aber nicht verstanden wissen. **REGION SEITE 3**

Schmerkner wollen Industrie auf eigene Faust erschliessen

80 Prozent der Stimmenden in Schmerikon sagen Ja zur eigenständigen Erschliessung des Industriegebiets ab Autobahn. Die regionale Verbindungsstrasse bleibt laut Gemeindepräsident trotzdem im Schmerkner Interesse.

von Pascal Büsser

L2
M.4.22

Der Entscheid ist eindeutig. 80 Prozent der Stimmenden in Schmerikon sagen Ja zu einer Volksmotion des Industrie- und Gewerbevereins, welche die Projektierung einer eigenständigen Erschliessung des Industriegebiets Allmeind von der Ausfahrt der Autobahn A15 her verlangt – anstatt auf die vom Kanton geplante regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster zu warten, die zum gleichen Ergebnis führen würde.

«Wir sind sehr erfreut, dass sich jetzt eine neue Perspektive auftut», sagt Gemeindepräsident Félix Brunschwiler in einer ersten Reaktion. Der Gemeinderat hatte die Motion zur Zustimmung empfohlen. Doch wieso will die Gemeinde selber Millionen ausgeben, statt die Erschliessung durch den Kanton bauen zu lassen?

Hohe Dringlichkeit

Der Grund ist die Dringlichkeit aus Schmerkner Sicht. Die heutige Zufahrt zur Industrie führt über den Bahnübergang im Dorf. Mit Vollendung des Doppelspurausbbaus durch die SBB wird die Barriere ab Ende 2023 37 Mal am Tag zwischen 6,5 Minuten (Angabe SBB) und 8 Minuten (Annahme Gemeinde) am Stück geschlossen sein. Die Gemeinde befürchtet deswegen Rückstaus und Verkehrschaos im Dorf. Und kein Durchkommen mehr für Blaulichtorganisationen (die «Linth-Zeitung» berichtete mehrfach).

Gleichzeitig kommt das Projekt regionale Verbindungsstrasse nur schleppend voran. Es sei unklar, «ob das Projekt die politischen Hürden meistert» und «danach bei allfälligen Einsprachen von Direktbetroffenen und Umweltverbänden» die «möglichen, langwierigen Rechtsmittelverfahren durch die Instanzen erfolgreich sind», schrieb der Gemeinderat im Abstimmungsbüchlein. Damals war ihm die neuste Hiobsbotschaft zur Verbindungsstrasse noch gar nicht bekannt: Das negative Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission, das mindestens weitere Verzögerungen verur-

sacht (die «Linth-Zeitung» berichtete). «Das Timing der Motion hätte angesichts der enttäuschenden Nachrichten zur Verbindungsstrasse besser nicht sein können», sagt Brunschwiler.

Millionenprojekt für Gemeinde

Er habe bereits am Sonntagmittag der kantonalen Bauchefin Susanne Hartmann geschrieben, mit der Bitte, das



«Wir sind sehr erfreut, dass sich jetzt eine neue Perspektive auftut.»

Félix Brunschwiler
Gemeindepräsident Schmerikon

weitere Vorgehen mit dem Kanton so bald wie möglich zu besprechen. Der Gemeinde schwebt vor, nach den bereits ausgearbeiteten Plänen des Kantons zu bauen – allerdings ohne den Umbau des Kreisels Rosengarten und der Weiterführung Richtung Uznach. Statt der vom Kanton aktuell budgetierten 18 Millionen geht Brunschwiler von Baukosten von 10 bis 12 Millionen für die Gemeinde aus. Wobei er sich rund einen Drittel der Mittel vom Bund im Rahmen des Agglomerationsprogramms erhofft.

Ebenso steht laut Brunschwiler zur Diskussion, dass der Kanton die Strasse kostenpflichtig übernehmen könnte, falls die regionale Verbindungsstrasse Realität werde. Deren Realisierung bleibe nicht nur wegen der Hoffnung auf spätere Kostenübernahmen durch den Kanton im Schmerkner Interesse, sondern auch wegen der Beseitigung des «Nadelöhrs Uznach».

Im besten Fall rechnet Brunschwiler mit einer Realisierung der alternativen Erschliessung des Industriegebiets bis 2027/28. Um für Notfälle ab Ende 2023 gerüstet zu sein, wollen Ge-

meinde und Ortsgemeinde ab Ende Jahr die Aabachbrücke für 800 000 Franken ausbauen, um sie für Feuerwehrfahrzeuge von Süden her passierbar zu machen.

Ja zu Kitaplatz-Subventionierung

Über insgesamt vier Traktanden liess der Gemeinderat an der Urne anstelle der Bürgerversammlung abstimmen. Die Jahresrechnung 2021 mit einem Ertragsüberschuss von rund 165 000 Franken bei einem Gesamtaufwand von 22 Millionen erhielt gut 90 Prozent Zustimmung. Das Budget 2022, das bei gleichbleibendem Steuerfuss von 116 Prozent und einem Gesamtaufwand von knapp 23 Millionen einen Überschuss von 190 000 Franken vorsieht, genehmigten 84 Prozent.

Immerhin 75 Prozent sagten Ja zu einer permanenten Leistungsvereinbarung mit dem Verein Chinderhus Rosengarten – sprich der einkommensabhängigen Subventionierung von Kitaplätzen durch die Gemeinde. 2022 budgetiert sie dafür laut Brunschwiler rund 60 000 Franken. Die Stimmbeteiligung betrug 26 Prozent.



Droht laut Gemeinde bald häufiger: Wartezeiten und Rückstau im Bereich der Bahnüberführung zum Industriegebiet Allmeind.

Bild Archiv

Leserbrief zum Artikel «Tiefbauamt braucht neue Varianten» in der Ausgabe vom 7. April 2022

Es braucht um Gottes Willen eine Umfahrung! Die ist in der Tat längst überfällig. Das ist und bleibt eine wichtige, richtige Sache, die leider unverständlich, unvermindert massiv verhindert wird. Ich sage offen und ehrlich worum es mir geht. Was ich denke und mir wünsche. Item, was stimmt da nicht bei Jahrzehnt-Gegnern, muss ich mich fragen? Leider geht bei dauerhafter Gegenpartei die Optimierung und Realisierung der Zukunftssituation spürbar bis sogar bewusst vergessen. Das sind unglaubliche Ideale. Ich hielt fortschrittliches menschliches Zukunftsdenken miteinander verantwortlicher Generationen und Institutionen im heutigen Zeitalter für eine Selbstverständlichkeit. Doch das war ein Irrtum. Warum dürfen Menschen bei einer so wichtigen, zweckmässigen Sache überhaupt derart einschneidend eingreifen bis zur Bekämpfung? Wo bleibt ein Stopp? Schliesslich haben selbstverständlich alle menschlichen und nicht nur tierische Lebewesen das Recht auf Schutz und Ruhe vor regionaler Verkehrsentwicklung mit den Dimensionen alltäglichem Minuten-Dauerstau. Bitte als Gegenpartei sich nicht merklich nur an tierische Lebewesen im Grünen besinnen. Wohlbemerkt auch ich schütze und schätze Tiere gleichermaßen wie Menschen und trotzdem erlaube ich mir offen und ehrlich zu kritisieren. Wer das Recht für menschliche Lebewesen hemmungslos vergisst, verwechselt, missachtet oder bekämpft, ermöglicht unseren menschlichen Nachkommen, sprich künftigen Generationen der Region keine nachhaltige Umweltzukunft. Ich denke laut: Können, ja dürfen sogar, zukünftige Menschen derzeitigen erwachsenen Menschen wirklich so egal sein? Wie funktioniert das? Das ist doch schrecklich. Die Lebensräume der Menschen werden zusehends, zunehmend zugemüllt mit Verkehr und Schmutz. Die Grünräume der Tiere erhalten dagegen fanatisch Vortritt. Sorry, trotz meinem fortgeschrittenen Alter kann ich diese Philosophie nicht unterstützen. Erst recht nicht bei Auswirkungen von Nichtbetroffenen. Liebe Gegenmenschen, wie wäre es damit in Sachen Umfahrung für die nächsten Generationen menschlich wirksam wie fortschrittlich mitzudenken, zu han-

deln und zum Vorbild zu werden? Sodass die Zukunft folgender Generationen nicht vernachlässigt werden! Auch wenn's schwierig ist, im Hinblick muss jetzt die Sache endlich solidarisch angegangen werden. Packen Pro und Kontra nun endlich bitte gemeinsam diese langfristige Verkehrsentslastung für und bis zur Vollendung an! Entscheidend wird derzeit erschreckend deutlich, die Welt wird nicht einfacher oder besser, sondern komplizierter und unberechenbarer, wenn nur fanatische Ideologien erfolgen und dominieren.

Birgitt Beate Müller,
Ernetschwil

Leserbrief zum Artikel «Tiefbauamt braucht neue Varianten» in der Ausgabe vom 7. April 2022: «ENHK: Umfahrung beeinträchtigt Tier Lebensraum»

Ich befürworte den Schutz von Tier- und Landschaft und es braucht eine ausgewogene Betrachtung zwischen Nutzen und Schutz zwischen Mensch, Natur und Tier. Gut soweit. Hingegen befremdet mich die Aussage der ENHK welche obwohl eine 2. Variante ausgearbeitet wurde, dass weiterhin im Gutachten die Beeinträchtigung der Lebensräume der Wasser- und Zugvögel sowie weitere auf Feuchtegebiete angewiesene Brutvogelarten. 1. Wieso kann nicht vor gängig aufgrund des ersten Projektes eine klare Aussage gemacht werden, welches die Bedingungen für eine Befürwortung darstellen. Die ENHK verschleudert somit Steuergelder welche für die 2. Planung ausgegeben wurden. 2. Mit welchen vergleichbaren Massstäben wird eine A15 Umfahrung abgelehnt, jedoch eine Deponie am Sittenwald Amden befürwortet, mit der Aussage «dass nach eingehender Prüfung (4 Wochen nach Erst Begehung) eine leichte zeitlich begrenzte Beeinträchtigung» stattfindet, obwohl die Dauer der Deponie über 20 Jahre ausgelegt wird und sich die Deponie im geschützten Gebiet befindet. Das soll mal einer Verstehen tut mir leid, dass der durch Umwelt belastet leidende Steuerzahler keine Lobby hat.

L. Zimmermann, Schmerikon



Beim Bahnübergang zur Allmeindstrasse in Schmerikon werden Verkehrsteilnehmer*innen künftig noch länger warten müssen. Das Quartier soll jetzt auf anderem Weg erschlossen werden.

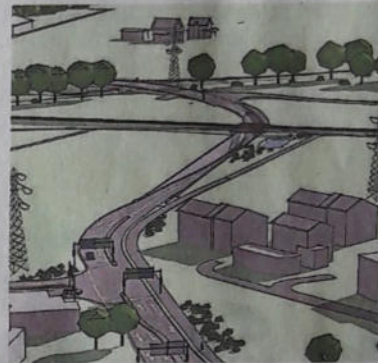
Schmerikon holt sich die Entlastungsstrasse

S&G
14.4.22

Von Manuel Reisinger

Die Bevölkerung von Schmerikon nahm eine Volksmotion des Industrie- und Gewerbevereins (IGVS) an, wonach eine kommunale Entlastungsstrasse erstellt werden soll. Diese soll unter der Bahn durch zur Allmeindstrasse führen.

Schmerikon Die gesamte Region hielt vor rund zwei Wochen den Atem an, als die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) verkündete, dass die Pläne für die Umfahrungsstrasse A15-Gaster noch einmal überarbeitet werden müssen. Trotz Anpassungen würde der geplante Streckenverlauf der Umfahrung das Naturschutzgebiet Kaltbrunner Riet zu stark beeinflussen. Jetzt macht die Gemeinde Schmerikon allerdings einen grossen Schritt auf die Umsetzung der Umfahrungsstrasse zu: Am vergangenen Sonntag stimmte die Bevölkerung von Schmerikon über die Volksmotion des Industrie- und Gewerbevereins Schmerikon (IGVS) ab, die verlangt, dass eine kommunale Entlastungsstrasse zum Industriegebiet an der Allmeindstrasse mit Anschluss an die A15-Gaster realisiert wird. 80 Prozent der 650 eingegangenen Stimmen nahmen die Motion an. 26 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten sich an der Abstimmung. «Ein Mehrfaches der üblicherweise drei bis fünf Prozent Stimmberechtigten an einer Bürgerversammlung», betont Gemeindepräsident Félix Brunschwiler.



Der Gemeinderat will den Schmerkner Abschnitt der vom Kanton geplanten Umfahrung A15-Gaster umsetzen.

Geringer Planungsaufwand

Doch was bedeutet die Annahme der Volksmotion für Schmerikon? Zwar wird damit nicht die gesamte A15-Gaster ermöglicht, allerdings wird der Gemeinderat jetzt die Pläne des Kantons in die Hand nehmen, um möglichst bald eine Erschliessung des Industriegebiets über eine Bahnunterführung zu erwirken. «Nach Abwägung der Vor- und Nachteile sieht der Gemeinderat vor, das kantonale Bauprojekt für den Abschnitt auf Schmerkner Gemeindegebiet zu übernehmen und unter Anpassungen zu realisieren», sagt Brunschwiler. Die Vorteile sind klar: Ein Umweltverträglichkeitsbericht ist bereits vorhanden und der Planungsaufwand ist nicht allzu hoch. Wird die A15-Gaster realisiert, könne der Kanton den Schmerkner Abschnitt gegen Bezahlung von der Gemeinde übernehmen. Zudem hat der Gemeinderat das Projekt im Ag-

glomerationsprogramm 4. Generation eingetragen. Es könnte also sein, dass der Bund rund einen Drittel der Kosten übernimmt. In den nächsten Monaten soll die Bürgerschaft über einen Kreditantrag zur Anpassung des bestehenden Projektes befinden können. «Bei optimalem Projektlauf ist eine Baukreditvorlage und eine Projektauflage innerhalb weniger Monate und die Realisierung vor 2030 möglich», erklärt der Gemeindepräsident. Aufgrund einer groben Kostenschätzung geht der Gemeinderat davon aus, dass das Projekt rund zehn bis zwölf Millionen Franken kosten wird.

Wurde schon früher diskutiert

Für den Gemeinderat ist die Schaffung einer Bahnunterführung für Fahrzeuge ein dringend notwendiger Schritt. Denn mit dem Doppelspurausbau zwischen Schmerikon und Üznach, der zurzeit in Arbeit ist, wird die Bahnschranke an der Allmeindstrasse künftig noch öfter geschlossen sein. Der Bahnübergang ist jedoch nach wie vor der einzige Zugang zum Industriegebiet. Bereits in der Vergangenheit führte dies zu Problemen. So musste die Feuerwehr im März 2019 an der geschlossenen Schranke warten, während eine Fabrikhalle brannte. Dem Gemeinderat ist es deshalb wichtig, das Gebiet möglichst schnell auf andere Weise zu erschliessen. Pläne dazu standen vor Jahren bereits auf dem Tisch. Aufgrund der in Aussicht gestellten A15-Gaster verfolgte der Gemeinderat diese Pläne aber nicht weiter.

Für Umfahrung sind über vier Millionen verplant worden

Der Kanton braucht neue Ideen bei der Planung der Verbindungsstrasse A15–Gaster. Bisher sind Kosten von über vier Millionen Franken für das Projekt aufgelaufen.

L2 19.4.22

von Pascal Büsser

Die Verbindungsstrasse A15–Gaster ist kurz vor der Zielgeraden abgefangen worden. Eigentlich hätte das 350-Millionen-Projekt dieses Jahr den Uzner Behörden und der Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden sollen. Doch wegen eines negativen Gutachtens der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) betreffend Einfluss der Strasse aufs Kaltbrunner Riet muss das kantonale Tief-

bauamt im Abschnitt Rotfarb bis Gry-nau noch einmal grundlegend über die Bücher (diese Zeitung berichtete mehrfach).

Erstmals Planungskosten genannt

Seit 2011 wird an der aktuellen Grossumfahrung des Uzner Städtlis und Zentrums geplant. Erstmals legt der Kanton auf Anfrage der «Linth-Zeitung» die dafür angefallenen Kosten offen. Es sind 4,1 Millionen Franken. Diese Summe beinhaltet laut kantonalem Baudepartement «sowohl die internen als auch die externen Kosten».

Die Region Zürichsee-Linth, der Verbund der zehn Gemeinden in See-Gaster, hat seit 2011 insgesamt rund 230 000 Franken für das Projekt ausgegeben, wie es auf Anfrage heisst. Primär «für die Information der Bevölkerung und deren Einbezug» im Rahmen der Mitwirkung 2012/13.

Weitere gut 150 000 Franken an Planungskosten sind bei der Gemeinde Uznach angefallen für die Ausarbeitung der flankierenden Massnahmen in und ums Uzner Städtli, wie Gemeindepäsident Diego Forrer auf Anfrage sagt.

Aufgrund des negativen ENHK-Gutachtens haben neben der schon lang kritischen IG Mobilität Region Uznach auch die Grünliberalen Linth die Behörden dazu aufgefordert, das Projekt Verbindungsstrasse zu stoppen und Alternativen zur Verkehrsentlastung zu suchen.

Das kantonale Tiefbauamt wie auch die Region Zürichsee-Linth wollen davon allerdings nichts wissen. Die St.Galler Bauchefin sieht aktuell keinen Anlass, diesen Entscheid zu übersteuern. Dies erklärt sie auf Nachfrage der «Linth-Zeitung». **REGION SEITE 3**

Bauchefin sieht bei Umfahrung keinen Anlass, einzugreifen LZ 19.4.22

Wegen eines negativen Gutachtens einer Bundeskommission muss der Kanton bei der Verbindungsstrasse A15-Gaster über die Bücher. Was die kantonale Bauchefin zum Planungsflop beim 350-Millionen-Projekt sagt.

von Pascal Büsser

Es war eine gewaltige, wenn auch nicht ganz überrassende Hiobsbotschaft für den Kanton St. Gallen und die Region Zürichsee-Linth. Die geplante regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster führt zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des Kaltbrunner Riets, eines Naturschutzgebiets von mehrfach nationaler und teils internationaler Bedeutung. Zu diesem Ergebnis kommt das abschliessende Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK). Der Kanton hatte Ende März darüber informiert (die «Linth-Zeitung» berichtete).

Das bedeutet, dass das 350-Millionen-Projekt in der vorliegenden Form nicht realisierbar ist, da es den angekündigten Einsparungen von Naturschutzverbänden vor Gericht rechtlich kaum standhalten würde. Nachdem bereits ein Zwischenbericht der ENHK im Dezember 2020 negativ ausgefallen war, hatte das kantonale Tiefbauamt mit Projektanpassungen versucht, noch ein günstigeres Urteil zu erreichen. Dies gelang jedoch nicht.

Das kantonale Tiefbauamt hat nun angekündigt, in Absprache mit der Region Zürichsee-Linth, nach weiteren Alternativen im betroffenen Abschnitt zu suchen. Die IG Mobilität Region Uznach und die GLP Linth haben dagegen öffentlich dazu aufgefordert, das Projekt zu stoppen und alternative Verkehrsbelastungen zu prüfen. Die «Linth-Zeitung» hat bei der kantonalen Bauchefin Susanne Hartmann (Die Mitte) nachgefragt, wie sie dazu steht.

Susanne Hartmann, wurde das ENHK-Gutachten vom 17. März zur Verbindungsstrasse A15-Gaster in der St. Galler Regierung traktandiert?

SUSANNE HARTMANN: Nein. Das Gutachten wird vorerst durch das Tiefbauamt analysiert. Aktuell ist nicht vorgesehen, dass das Gutachten in der Regierung traktandiert wird.

Macht aus Ihrer Sicht das Gutachten der ENHK keine strategische Neubeurteilung der verschiedenen Umfahrungsvarianten in der Region Zürichsee-Linth auf Ebene Regierung nötig?

2011 wurde die Zweckmässigkeitsbeurteilung durchgeführt und die daraus resultierende Bestvariante 19 SR einem breit abgestützten Mitwirkungsverfahren unterstellt. Mit der Ausarbeitung des Genehmigungsprojektes konnte ein Grossteil der Linienführung gefestigt werden. Mit dem negativen Entscheid der ENHK ist nun klar, dass die gewählte Linienführung im Abschnitt Grynaustrasse bis



«Ziel ist es, die Verkehrsprobleme zu lösen»: Für die kantonale Bauchefin Susanne Hartmann macht es Sinn, trotz Negativgutachten der ENHK an der Verbindungsstrasse A15-Gaster weiter zu planen.

Bild Archiv

Rotfarb aus umweltrechtlicher Sicht nicht weiterverfolgt werden kann. Für diesen Abschnitt wird nun eine Lösung gesucht, die sowohl technisch als

«Für den Abschnitt Grynaustrasse bis Rotfarb wird nun eine Lösung gesucht.»

auch umweltrechtlich überzeugt und die verkehrliche Situation in und um Uznach nachhaltig verbessert.

Wer hat entschieden, dass für die Verbindungsstrasse A15-Gaster im Abschnitt Grynaustrasse-Rotfarb weitere Varianten ausgearbeitet werden?

Diesen Beschluss hat das Bau- und Umweltschutzdepartement zusammen mit der Region Zürichsee-Linth und den betroffenen Gemeinden gefällt.

Wodurch ist das Festhalten am Projekt politisch legitimiert?

Der Kantonsrat hat das Bau- und Umweltschutzdepartement mit dem 17. Strassenbauprogramm (2019 bis 2023) beauftragt, die Verbindungsstrasse A15-Gaster zu projektieren. Ziel ist es, die Verkehrsprobleme in der Region und im Speziellen in Uznach zu lösen.

Die ENHK sagt, dass der Kanton den rechtlichen Status des Naturschutzobjekts von nationaler Bedeutung beim Variantenentscheid zu wenig gewichtet und deshalb machbare Varianten ohne genügend tiefe Prüfung verworfen habe. Was sagen Sie zu dieser Fundamentalkritik?

Bereits bei der Zweckmässigkeitsbeurteilung im Jahr 2011 war man sich der Problematik aus umweltrechtlicher Sicht bewusst. Im Mitwirkungs-

verfahren wurden deshalb alternative Linienführungen über die Grynau- und Benkenstrasse angedacht und während der Projekterarbeitung detailliert geprüft. Leider erwiesen sich diese Lösungen damals als nicht machbar. Ein verlässliches Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission bedingt zum einen ein detailliertes Strassenprojekt und zum anderen die dazugehörigen Umweltberichte. Der lange Weg war also nötig, um Gewissheit zu erhalten.

Das Tiefbauamt kann noch keine konkreten Lösungsansätze präsentieren, um die Problemzone Kaltbrunner Riet zu umgehen. Inwiefern entspricht das Festhalten am Projekt A15-Gaster im Kontext des ENHK-Gutachtens mehr als dem Prinzip Hoffnung?

Die regionale Verbindungsstrasse erstreckt sich auf rund 5,8 Kilometer. Für einen Grossteil der Strecke liegt ein Genehmigungsprojekt vor. Für den Abschnitt Grynaustrasse bis Rotfarb wird nun der Fächer nochmals geöffnet. Das Verkehrsproblem rund um Uznach ist akut und muss gelöst werden, auch wenn die Ausgangslage herausfordernd ist. Deshalb ist ein Festhalten am Projekt nach wie vor richtig.

Wer könnte oder müsste in letzter Konsequenz über einen Projektstopp entscheiden?

Sollte die Umsetzung des Projektes aus rechtlicher Sicht unmöglich sein, so müsste das Projekt durch das Bau- und Umweltschutzdepartement gestoppt und der Regierung zur Kenntnis gebracht werden.

* Die Fragen wurden schriftlich beantwortet.

Trotz 350 Millionen: Kosten bisher im Rahmen

Das aktuell verfolgte Projekt Verbindungsstrasse A15-Gaster soll das Uznacher Städtli vom Verkehr entlasten, eine neue Erschliessung des Gewerbegebiets Uznach West und einen direkten Anschluss ans Schmerkner Industriequartier Allmeind ab der Autobahnausfahrt A15 bringen. Die aktuell verfolgte Variante hat der Kanton in

einer Zweckmässigkeitsstudie 2011 als Bestvariante ausserkoren. **Allerdings sind die prognostizierten Kosten durch Anpassungen und zusätzliche bauliche Elemente inzwischen von 95 auf 350 Millionen Franken gestiegen.** «Aufgrund dieser Kosten ist das Projekt aus rein volkswirtschaftlicher Sicht nach wie vor nicht

sinnvoll», hat der Kanton in einer Mitteilung vom letzten September festgehalten. Gleichzeitig schreibt er, die gesteckten Ziele – «Aufwertung der Siedlungsgebiete, Erhöhung der Verkehrssicherheit, verträgliche regionale Strassenverbindungen und die bessere Erreichbarkeit des Entwicklungsgebiets in Uznach West» – könnten «nur

mit der Verbindungsstrasse erreicht werden». **Auf den Laufmeter gerechnet, ist die Verbindungsstrasse laut Kanton praktisch gleich teuer wie die bereits realisierte Umfahrung Bütschwil. Es ist indes absehbar, dass die nochmaligen Projektanpassungen einen weiteren Kostenschub bringen werden.** (pb)

Umfahrungsstrasse: Bauern fordern einen runden Tisch

LZ
25.4.22

Die Verbindungsstrasse A15-Gaster hängt aufgrund von Umweltfragen in der Schwebe. Aktuelle Unklarheiten will die hiesige Landwirtschaft nutzen. Deren politischen Vertreter werden nun im Kantonsrat aktiv.

von Fabio Wyss

Die Umfahrungsstrasse A15-Gaster stockt. Ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission betreffend des Kaltbrunner Riets zwingt den Kanton, eine neue Variante zu planen (diese Zeitung berichtete

mehrfach). Gleichzeitig verstummen kritische Stimmen nicht.

«Zu allem Ja und Amen sagen»

So etwa an der Hauptversammlung des Bauernverbandes See-Gaster vor drei Wochen. Dort wurden die Auswirkungen der Strasse auf die Landwirtschaft diskutiert. «Die Landwirtschaft muss immer zu allem Ja und Amen sa-

Im Kantonsrat ist ein Vorstoss eingereicht worden. Gefordert wird ein runder Tisch mit dem Kanton.

gen», sagt Kantonsrätin Hedy Furer (SVP, Rapperswil-Jona) im Nachgang.

Als Kompromisslösung brachte Franziska Steiner-Kaufmann (Die Mitte, Gommiswald) an der Versammlung einen «runden Tisch mit dem Kanton» ins Spiel. Dort sollen landwirtschaftliche Interessen besprochen werden. Sie reichte darum im Kantonsrat einen Vorstoss ein.

REGION SEITE 3

Vorstoss zur A15-Gaster – Landwirtschaft macht Druck

L2 25.4.22

Wie weiter mit der Verbindungsstrasse A15-Gaster? Der Bauernverband See-Gaster will mit an den Tisch und bei der Planung des Kantons mitreden. Für das Anliegen erhält der Verband viel politischen Rückhalt.

von Fabio Wyss

Nachdem das Aus der bisherigen Planung zur Umfahrungsstrasse A15-Gaster besiegelt war, sagte der kantonale Projektleiter Manfred Huber dieser Zeitung: «Es braucht einen Schritt zurück auf eine höhere Flugebene. Wir haben starke Randbedingungen, die eine Lösungsfindung erschweren.» Zu diesen Randbedingungen kommt nun eine weitere dazu. Denn der Bauernverband See-Gaster will vermehrt seine Bedürfnisse einbringen, wenn das Tiefbauamt neue Pläne ausbrütet.

Hiesige Landwirtschaftsvertreter reichten darum letzte Woche im Kantonsrat eine Interpellation ein. Titel: «Auch landwirtschaftliche Anliegen gezielt in den Projektprozess Verbindungsstrasse A15-Gaster einfließen lassen». Erstunterzeichnerin Franziska Steiner-Kaufmann (Die Mitte, Gommiswald) sagt, die Skepsis der Bauern sei nachvollziehbar und immer da, wenn Kulturland verloren gehe.

Insbesondere bei Direktbetroffenen. So sagte gegenüber der «Linth-Zeitung» eine Bäuerin aus Uznach schon vor Längerem bezüglich des Projekts: «Damit wird unsere Existenzgrundlage zerstört.» Der betroffene Landwirtschaftsbetrieb wird seit Generationen geführt und müsste Land abtreten. Wenig überraschend für Kantonsrätin Hedy Furer (SVP, Rapperswil-Jona), die sich am Vorstoss beteiligte: «Die Landwirtschaft muss immer zu allem Ja und Amen sagen. Umweltverbände haben ein ganz anderes Gewicht.»

Drei Politiker, drei Meinungen

Tatsächlich hat die Eidgenössische Heimat- und Naturschutzkommission (EHNK) mit ihrem Gutachten zum Kaltbrunner Riet die Umfahrungsstrasse vorerst gestoppt. «Gleichzeitig wird uns immer gesagt, dass wir Kulturland opfern sollen zum Wohle aller», sagt die Bollinger Landwirtin Furer. Dennoch war sie bislang «zähneknirschend» für das Projekt. «Die Situation in Uznach ist nun mal eine Katastrophe.» Sie wünsche sich aber auf der Verbindungsstrasse mehr Untertunnelungen. Auf diesen Tunneln sollen Grünflächen gedeihen können.

Neben Furer und Steiner-Kaufmann hat auch Christian Rüegg (SVP, Rüeterswil) den Vorstoss eingereicht. Er ist grundsätzlich gegen die Verbindungsstrasse. «Das Preis-Leistungs-



Verursacht im Kanton Kopferbrechen: Das Kaltbrunner Riet macht eine neue Wegführung der Umfahrungsstrasse nötig. Bild Philipp Baer



«Entweder ist es das Ende der Umfahrungsstrasse oder der Anfang einer breit abgestützten Lösung.»

Franziska Steiner-Kaufmann
Kantonsrätin Die Mitte

Verhältnis stimmt nicht.» Er weibelt seit Jahren für einen Ausbau der Rickenstrasse und punktuelle Lösungen in Uznach. Hinzu kommen neun Mitunterzeichnende aus der Region – bis auf die SP von sämtlichen Parteien. «Mich hat es sehr gefreut, dass dies überparteilich auf Anklang stiess – von links bis rechts», sagt Steiner-Kaufmann. Sie werte das als positives Zeichen für die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern. Aber auch für das Grossprojekt: «Es ist auch bei Gegnern des Projekts ein spürbarer Wille da, die Umfahrungsstrasse neu zu denken», stellt sie fest.

Steiner selbst hat sich als «skeptische Befürworterin» der Umfahrung positioniert, bevor das ENHK-Gutachten veröffentlicht wurde. «Aus landwirtschaftlicher Perspektive gibt es Nachteile, aber für die Region ist die Umfahrungsstrasse enorm wichtig», sagt sie, die nebst dem Bauernbetrieb in Gommiswald auch als Schulleiterin in Uznach tätig ist.

Und wie steht Steiner nach dem ENHK-Gutachten zum Projekt? «Jetzt ist die Frage, ob politisch ein totes Ross geritten wird.» Darum sei sie sehr daran interessiert, dass der Kanton nun die nötigen Abklärungen treffe. «Ob das Projekt tot ist, wissen wir noch nicht. Klar ist aber: Die Bedeutung ist

riesig für die Region.» Darum seien Abklärungen zumindest lohnenswert.

Kommt ein runder Tisch?

Bei diesen Abklärungen sollen die Anliegen der Bauern berücksichtigt werden. Die jetzige Ausgangslage mit einer notwendigen Zusatzschleife sei für die Landwirtschaft eine Chance, sich in den Projektprozess gezielt einbringen zu können, heisst es in der Interpellation. Die entscheidende Frage im Vorstoss: «Ist die Regierung bereit, über das zuständige Amt einen runden Tisch einzuberufen?» Bei diesem soll gemeinsam auf den vergangenen Prozess und die vorliegende Ausgangslage geblickt werden.

Aufgekommen ist diese Forderung an der Hauptversammlung des Bauernverbandes See-Gaster Anfang April. Das Thema Umfahrung war dort schon länger traktandiert. Neben Timmo Suter vom Tiefbauamt trat Roger Zahner vom Gegnerkomitee IG Mobilität Region Uznach auf. Auch die Befürworter waren einmal eingeladen. Der Referent Bernhard Zahner wurde aufgrund des Entscheids zum Kaltbrunner Riet aber kurzfristig wieder ausgeladen. «Ich hätte gerne dem Bauernverband die Sicht des Pro-Komitees dargelegt. Denn trotz des negativen Gutachtens braucht es eine Lösung», sagt der SVP-Kantonsrat.

«Wenn es aber eine Lösung geben soll, müssen sich nun alle Involvierten an einen gemeinsamen Tisch setzen. Wir müssen vorwärtskommen, sonst drohen unsere Verkehrsprobleme über Jahrzehnte hinaus weiter zu bestehen», sagt Zahner. Darum habe er die Interpellation von Steiner-Kaufmann, Furer und Rüegg mitunterzeichnet.

Das Ende oder ein Neuanfang

Steiner-Kaufmann hat an der Versammlung des Bauernverbandes nach vielen kritischen Voten die Idee mit dem runden Tisch eingebracht. Das stiess auf Anklang. Was der Kanton dazu sagt, bleibt unklar. Projektleiter Manfred Huber war am Freitag nicht erreichbar. Für die Mitte-Kantonsrätin steht aber fest: «Wir stehen an einem Scheideweg. Entweder ist es das Ende der Umfahrungsstrasse oder der Anfang einer breit abgestützten Lösung. Ich hoffe auf Letzteres.»

Kantonsräte aus sämtlichen Parteien bis auf die SP haben den Vorstoss mitunterzeichnet.



Bauernverband See-Gaster führte seine Hauptversammlung durch

Umfahrungsstrasse A15 Gaster im Fokus

Die Hauptversammlung des Bauernverbands See-Gaster im RössliSaal Benken zog sich in die Länge. Der Grund lag in der heiss diskutierten regionalen Verbindungsstrasse A15 Gaster, die unter anderem das Städtli Uznach entlasten soll.

Text und Bild: Barbara Schirmer

Zuerst erfolgt der geschäftliche Teil, dann spricht ein Referent. Ein Szenario, das auf die allermeisten Hauptversammlungen zutrifft. Anders an der Hauptversammlung des Bauernverbands See-Gaster im «Rössli»-Saal Benken. «Wir wollen zuerst unsere Referenten zu Wort kommen lassen, damit wir anschliessend an der Versammlung das weitere Vorgehen besprechen können», erklärte Präsident Martin Thalmann. Danach ergriff Timmo Suter vom Kantonalen Tiefbauamt St. Gallen das Wort und zeigte das geplante Projekt «Regionale Verbindungsstrasse A15 Gaster» auf. Seit 2007 werde von der Umfahrung Uznach gesprochen, und 2014 sei das Vorhaben im Regionalplan als behördenverbindlich eingestuft worden. Leidtragend in der aktuellen Situation ist vor allem das Städtli, das



Roger Zahner von der IG Mobilität, Martin Thalmann, Präsident Bauernverband, und Timmo Suter vom Tiefbauamt (von links).

von bis zu 19000 Fahrzeugen am Tag passiert wird.

Extrarunde eingeläutet

Vor einigen Tagen nun erfolgte ein weiterer Rückschlag für das Projekt. Infolge einer Konfliktsituation beim Naturschutzgebiet Kaltbrunner Riet wird für den Abschnitt Grynaustrasse bis Rotfarb eine Extrarunde in der Planungsphase eingeläutet. Was einen Verzug von etwa ein bis zwei Jahren bedeute, räumte Suter ein. Seine Ausführungen deckten das politische sowie das planerische Vorgehen ab.

Es lag auf der Hand, dass sich skeptische Stimmen aus der Versammlung, der auch drei Kantonsräte der Region beiwohnten, äusserten. Sei es punkto Verkehrsfluss wegen geplanter Lichtsignale oder dem reichen Grundwasservorkommen in dieser Gegend, die das Bauen erschweren. Am fragwürdigsten erschien vielen Anwesenden aber die geplante Brücke in der Hasenweid. Einem Rutschgebiet, das sich gemäss Aussage von Timmo Suter jährlich im Zentimeterbereich bewegt. «Wir haben diese Gegebenheiten berücksichtigt und sind zuversichtlich, dass wir diese Brücke, tief genug verankert, stabil bauen können», versicherte dieser. Auch die geplanten Kosten von 300 bis 350 Millionen Franken für eine Strassenlänge von 5,8 Kilometern relativierte der Fachmann. Mit 55000 Franken pro Laufmeter liege man da im ähnlichen Bereich wie bei der Umfahrung Bütschwil.

Ehrung von Barbara Schirmer

Der Vorstand des Bauernverbands See-Gaster ehrte an diesem Abend auch die Journalistin Barbara Schirmer. Der Vorstand erachtet die gut platzierte Kolumne «Stalltür» jede Woche in der Samstagausgabe in der «Südostschweiz» als gute Botschaft für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung. Barbara Schirmer erzählt in dieser Kolumne in witziger und humorvoller Art aus dem Bauernleben der Familie Schirmer. «Barbara macht eine wertvolle Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Landwirtschaft», schrieb Martin Thalmann, Präsident des Verbands, in einer Mail an die Redaktion. Barbara Schirmer erhielt zum Dank ein Geschenk. *pd.*

Sorge um Kulturland

Grosse Sorgen bereitete den Anwesenden der Verlust des für den Stras-

senbau benötigten Kulturlandes. Einen Punkt, den der zweite Referent, Roger Zahner vom Gegnerkomitee IG Mobilität Region Uznach, gerne aufgriff. 60 000 Quadratmeter Land würden zugestraft, betonte er. Stimmen meldeten sich, welche anmerkten, dass die für das Bauwerk zusätzlich notwendigen Ersatzmassnahmen punkto Biodiversität in dieser Zahl noch nicht inbegriffen sind. Auch befürchteten einige, dass durch diese Strasse das Verkehrsproblem nicht gelöst, sondern nur an die benachbarten Gemeinden weitergegeben wird. Erneute strassenbauliche Massnahmen und Kulturlandverluste wären die Folge.

Nicht anwesend war das Pro-Komitee der Umfahrungsstrasse. Gemäss Präsident Thalmann sei man nach dem negativen Strassenbauentscheid kurzfristig gemeinsam zum Schluss gekommen, darauf zu verzichten, da es keinen Sinn mache für ein Projekt zu referieren, das so nicht ausführbar ist. «Wir müssen einen runden Tisch organisieren, an dem wir die Anliegen der Landwirte zusammen mit den Befürwortern und Gegnern dieser Strasse diskutieren», argumentierte die Kantonsrätin Franziska Steiner-Kaufmann. Was die anderen beiden anwesenden Kantonsräte, Hedy Fürer und Christian Rüegg, befürworteten. Auch Thalmann hiess dieses Vorgehen gut und versprach: «Der Bau-



Aufmerksame Zuhörer, während die Referenten ihre Vorträge hielten.

ernverband See-Gaster wird an den Gesprächen teilnehmen.»

Abgespeckte Versammlung

An der ordentlichen Hauptversammlung wurden sämtliche Traktanden einstimmig gutgeheissen. Der pandemiebedingte stille Wechsel von Aktuarin Corina Blöchlinger zu Markus Bisig ist bereits erfolgt. Thalmann wollte es sich aber nicht nehmen lassen, die frühere Aktuarin offiziell zu verabschieden und lobte deren Engagement für den Verband. Aus familiären Gründen nahm diese allerdings nicht an der Versammlung teil.

Über Wissenswertes aus dem St.Galler Bauernverband informierte der neue Geschäftsführer Mathias Rüesch. Gemäss Information von Franziska Steiner-Kaufmann

konnte trotz überparteilichem Zusammentun der hiesigen Kantonsräte die Beratungsstelle in Kaltbrunn nicht gerettet werden. Zwar wurde die Stelle des demnächst pensionierten landwirtschaftlichen Beraters Dölf Widmer ersetzt, die Region soll jedoch von Flawil aus betreut werden. Das Gute: Es werde eine Büromitbeteiligung im Linthgebiet vorgesehen, für den Fall, dass Landwirte sich aus Diskretionsgründen nicht vor Ort auf ihren Betrieben mit dem Berater treffen wollen. Man sei sich aber bewusst, dass das nicht den Wunschvorstellungen der Region entspreche. Es war wohl auf die weit vorgerückte Stunde zurückzuführen, dass diese Neuigkeit bei den Landwirten nur noch Kopfschütteln, aber keine Wortmeldungen mehr nach sich zog.

Widerstand gegen Asylheim bleibt Sturm im Wasserglas

Bei der Bürgerversammlung in Uznach bleibt die FDP wider Erwarten stumm. Von ihrer Forderung, die das geplante Asylzentrum hätte verzögern können, ist nichts zu hören. Auch die SVP bleibt zahm. **LZ 5.5.22**

von Christine Schibschid

Vor der Uzner Bürgerversammlung, die gestern Mittwochabend im Schulhaus Haslen stattfand, hatte eine Forderung der FDP im Raum gestanden, die Zündstoff versprach. Die Ortspartei verlangte, dass der Gemeinderat dem geplanten Asylzentrum im ehemaligen Pflegezentrum Linthgebiet erst zustimmt, wenn die Rahmenbedingungen für den Kauf der Immobilie durch die Gemeinde Uznach stehen. Das Gebäude gehört einem Zweckverband aus sieben Gemeinden.

Der Vorsitzende dieses Zweckverbands, Schmerikons Gemeindepräsident Félix Brunschwiler, witterte mit Blick auf die Forderung eine Finte, um den Mietvertrag mit dem Kanton für das Asylzentrum zu verhindern.

SVP bläst ins selbe Horn

Mit Spannung erwartete daher manch einer, was an der Bürgerversammlung geschehen würde. Überraschend blieb es aus Reihen der FDP zu dem Thema aber still. Lediglich Roger Widmer von der SVP blies in der allgemeinen Umfrage ins selbe Horn: Es sei die Forderung aufgekommen, die Gemeinde solle das Pflegezentrum kaufen, bevor der Mietvertrag für das Asylzentrum unterschrieben sei. «Wenn der Gemeinderat das Konzept für ein Gesundheitszentrum an dem Ort tatsächlich vorantreiben will, braucht er Gewissheit.» Widmer zweifelte an, dass der Mietvertrag für das Asylzentrum tatsächlich auf zwei Jahre beschränkt bleibt. Er befürchte, der Zweckverband könne den Kanton als «super Mieter» am Ende doch länger behalten wollen. «Wir wären in vier, fünf, sechs Jahren vielleicht immer noch nicht Eigentümer und hätten es selbst nicht in der Hand», sagte Widmer. Der Gemeinderat müsse den Erwerb der Immobilie mit Hochdruck vorantreiben, um Planungssicherheit zu haben.

Dabei blieb es. Hitzige Diskussionen über das Asylzentrum blieben



Zwischennutzung: Das ehemalige Pflegezentrum soll zum Asylzentrum werden.

Bild Archiv

Widmer zweifelte an, dass der Mietvertrag auf zwei Jahre beschränkt bleibt.

aus. Gemeindepräsident Diego Forrer gab Widmer recht, dass die Gemeinde beim Kauf der Liegenschaft vorwärtskommen müsse, die Verhandlungen dazu würden laufen.

Mietvertrag als «Drohmittel»

«Es ist der Gemeinde ernst, aber nicht zu jedem Preis», sagte Forrer. Das «Drohmittel» mit dem Mietvertrag würde die andere Seite verrückt machen, sagte der Gemeindepräsident. Das könne den Preis nach oben trei-

ben. Überdies stehe in dem Mietvertrag tatsächlich drin, dass er auf zwei Jahre befristet sei.

Damit war die Diskussion zu dem Thema schon beendet.

Umfahrung führt «ins Schilf»

Schon ging es in der nächsten Wortmeldung um den Dauerbrenner Umfahrungsstrasse. Ein Mitglied der IG Mobilität Uznach kritisierte die hohen Kosten und das Projekt an sich. Ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission zeige wenig überraschend, dass die Strasse die Schutzziele im Kaltbrunner Riet störe. Es sei höchste Zeit, dass Kanton und Region akzeptierten, dass das Projekt wortwörtlich nur ins Schilf führe, sagte er. Nicht nur wegen des Naturschutzes. Das Verkehrsverhalten verändere sich. Es brauche neue Lösungsansätze und nicht neue Strassen.

Gemeindepräsident Forrer gab zu bedenken, dass man bei einem Stop des Projekts nach vielen Jahren Planung wieder auf Feld eins stehen würde. «Dann sind wir in 15 Jahren da, wo wir jetzt sind. Es wird unsere letzte Chance sein, um das Problem in Angriff zu nehmen», warnte er.

Budget unbestritten

Unbestritten war die Jahresrechnung 2021, die ohne Gegenstimme angenommen wurde. Das budgetierte Defizit von 2,21 Millionen Franken war am Ende mit 9390 Franken deutlich niedriger ausgefallen.

Zu reden gab allerdings eine Rüge der Geschäftsprüfungskommission an die Adresse der Schule. Die geprüften Unterlagen waren lückenhaft. Die Verantwortlichen begründeten das mit Personalwechseln und Personalmangel. Inzwischen seien die Probleme behoben, hiess es.